

Bauernbund will Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft bremsen

In einem Schreiben an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die Agrarpolitiker des Deutschen Bundestages und die deutschen Europaabgeordneten hat der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, noch einmal nachdrücklich für die von der Europäischen Kommission geplante Kappung der Agrarsubventionen plädiert.

Die EU-Agrarpolitik in der neuen Förderperiode 2014-20 biete eine Chance, den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft an international agierende Kapitalanleger zu bremsen, schreibt Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz, und kritisiert: "Das Phänomen des Landgrabbing wird am Beispiel Afrika als Problem erkannt, im eigenen Land will man es offensichtlich nicht wahrhaben."

Die Kommissionsvorschläge müssten nach Auffassung des Bauernbundes allerdings noch modifiziert werden, so dass Großbetriebe, die ortsansässigen Landwirten gehören, sich teilen können. Andererseits sollten die Subventionen ganz gestrichen werden, wenn die Inhaber an weiteren Betrieben beteiligt sind, so Jennerjahn: "Das ist die einzige Möglichkeit, den riesigen Holdings der Kapitalanleger den Geldhahn abzdrehen."

Mit seinen Forderungen werde der Bauernbund von den brandenburgischen Landtagsfraktionen von CDU und Bündnisgrünen unterstützt, betont Jennerjahn und lädt die Bundes- und Europapolitiker ein, sich in Brandenburg ein Bild von der Lage zu machen.

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*